

Die Sanitätswarte

Organ zur Vertretung

der Interessen des gesamten Personals in Kranken- und Irren-Anstalten, Sanatorien, Heil-,
Pflege- und Bade-Anstalten, Massage- und Wasserheil-Instituten, Kliniken, Seebädern etc.

Beilage zu „Die Gewerkschaft“.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 30,
Wintefeldstr. 24. — Fernsprecher: Amt 9, 6488.
Redakteur: Heinrich Bürger.

Berlin,
den 2. Februar 1906.

Erscheint alle 14 Tage, Freitags.
Bezugspreis inkl. „Die Gewerkschaft“ viertel-
jährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2.— M.
Postzeitungsliste Nr 3164.

Ein Mahnwort an das deutsche Kranken- und Irrenpflegepersonal!

Kollegen und Kolleginnen!

Seit acht Jahren ergeht an die Kollegenschaft der Ruf: „Organisiert Euch!“ Erst schwach, dann immer stärker. Die Bewegung des Anstaltspersonals ist entstanden, als das verlassene Jahrhundert schon stark zu Rüste ging. Erst nach drei Jahren eifriger Arbeit gelang es dem früheren und jetzt mit uns verschmolzenem Zentralverbande des Massage-, Bade- und Krankenpflege-Personals, ein eigenes Organ, „Die Sanitätswarte“, herauszugeben. Das Blatt erschien in den ersten Jahren (bis Januar 1904) monatlich einmal und von da ab zweimal. Hieran erkennen wir, wie wenig der Ruf zur Organisation im Anfang beachtet wurde. Erst allmählich wurde es besser, und mögen da auch mancherlei Umstände eine raschere Entwicklung der Organisation verhindert haben. Der Hauptgegner blieb doch die Gleichgültigkeit der Kollegenschaft. Da hatten die ersten Säemänner wirklich harte Arbeit. Jetzt sind schon viele Kollegen und Kolleginnen dem Rufe gefolgt, aber die übergroße Mehrzahl verhält sich zu den Organisationsbestrebungen noch immer ablehnend. Diese alle mögen erkennen, daß in unserer Zeit keine einzige Berufsgruppe ohne Organisation sein darf. Hunderte und Tausende unserer Kollegen und Kolleginnen haben dies schon zu ihrem größten Schaden erfahren müssen! Wie viele ungerechte Behandlung mußte hingenommen werden, wie viele haben nicht gemurt über ungenügende Entlohnung, wie manchesmal mußte sich ein Kollege oder eine Kollegin von Herrenwillkür das Anstaltstor weisen lassen, wie oft wurde Ehre und Menschenwürde in den Staub getreten! Da hat schon mancher Kollege und manche Kollegin geseufzt: Ach, hätte ich nur einen Anhalt, nur ein Stelle, wo ich treuen Schutz, Rat und Beistand suchen und finden kann.

Kollegen und Kolleginnen! Diese Stelle habt Ihr schon. Es ist die Organisation! Aber viele von Euch haben erst in Zeiten der Not an den Verband gedacht, vorher haben sie diejenigen, die zum Beitritt aufforderten, verlacht, verspottet, sogar auch in kriecherischer Hundedemut bei Vorgesetzten angezeigt und so bisweilen die Maßregelung unserer Vertrauenspersonen, die nur Euer Bestes fördern wollten, herbeigeführt. Diese Sünden gegen den Geist der Solidarität rächen sich empfindlich. Ihr entwürzelt Euch selbst auf diese Weise. Wer von Euch kann sagen, daß er eine sichere, gute und dauernde Stellung hat? Herrngunst ist schlechter Boden, darauf soll man nicht bauen. Das werden viele von Euch schon wissen. — Wie ungeheuer groß ist der Wechsel in den Anstalten! In allen deutschen Anstalten soll dies einmal festgestellt und das Resultat veröffentlicht werden. Dann wird alle Welt staunen. In welchem Berufe hat man noch eine regelmäßige Arbeitszeit von 14—18 Stunden täglich? Wo werden sonst noch Löhne von 18—30 M. monatlich gezahlt? Wo anders wird jeder diensttätige Berufsangehörige so schlecht angesehen, als in Kranken- und Irrenhäusern? Die wenigen Kollegen, die wirklich über 50 M. Gehalt beziehen, sucht man auf irgend eine Art und Weise los zu werden, denn für dieses Gehalt hat man ja 2—3 junge Leute. „Immer raus — immer neues Personal“, — das Kommen und Gehen des Personals ist der Grundzug im heutigen Anstaltsleben. Zu unserem Verbandsgebiet gehört auch eine Anstalt, wo jemand, der vier Wochen da ist, schon zu den „ältesten Leuten“ zählt. Vier Wochen dienstliche Nüchternheit, das ist dort just so, wie in graue Vorzeit zurückreichend! Wo bleibt die berufliche Ausbildung, wo die Pflege der Berufsinteressen? Und schließlich leiden auch die Patienten darunter. Doch wer fragt danach? Vorkommnisse, wie sie erst in neuester Zeit aus dem St. Marienhospital in Mühlheim bekannt geworden sind, lassen sich nur aus dem von uns gekennzeichneten Zustand heraus erklären. Viele Kollegen und Kolleginnen wechseln ihre Stellung, um sich zu „verbessern“. Die Kost, die sie bisher bekamen, führte zu Magenentzündung und Entkräftung. Der Schlaf war unzureichend, der Dienst schwer, schließlich fehlte es sogar an einem ordentlichen Schlaf- oder Wohnzimmer. Die neue Stellung brachte aber immer neue Enttäuschungen. Wird der Kollege älter und denkt an Grundung eines eigenen Hausstandes, so steht er meistens vor neuen und unüberwindlichen Schwierigkeiten. Der Pflegeberuf von heute erweist sich also nicht als eine Grundlage lohnender Existenz. Staat und Gemeinde haben gewiß die Pflicht, alles daran zu setzen, um diese Zustände zu beseitigen, aber eine noch größere Verpflichtung zur Mitarbeit liegt dem direkt beteiligten Personal ob. Die bedeutenden Verbesserungen der Lage der Arbeiter sind nur auf eine viele Jahrzehnte lange emsige und harte Organisationsarbeit der Arbeiter selbst zurückzuführen, und auch bei uns muß es besser werden.

So gut wie der einfachste Arbeiter und jede Arbeiterin in Industrie, Handel und Verkehr ihre persönliche Freiheit nach Beendigung ihres Tagewerkes genießen, wollen auch wir in den Anstalten auf einige Stunden uns selbst gehören.

Der Zustand, daß wir in dienstfreier Zeit erst um Erlaubnis zum Verlassen der Anstalt bitten müssen, muß aufhören. Damit wäre ein Haupthindernis zur Entfaltung der beruflichen Kräfte beseitigt.

Wir haben im Staat und Gemeinde große und mächtige Widerstände zu überwinden. Der Einzelne ist ihnen gegenüber ohnmächtig, nur die Gesamtheit der Kollegenschaft ist in der Lage, wenn einig und geschlossen, etwas auszurichten. Wir dürfen

mit aller Bestimmtheit darauf rechnen, daß wenige Jahre kräftiger und ausdauernder Organisationsarbeit, an der sich aber viele Tausende Kollegen und Kolleginnen beteiligen müssen, unsere Lage bedeutend heben wird. Um diese Arbeit noch zu erleichtern, soll unser Verband jetzt weiter ausgebaut werden. Große Unterstüßungseinrichtungen für den Fall von Krankheit, Arbeitslosigkeit, eventuell Umzug und sonstige Notlagen werden geschaffen. Diese Ausgestaltung des Unterstützungswesens ist für das Anstaltspersonal zwingende Notwendigkeit geworden, und sie wird deshalb kraftvoll durchgeführt werden. Unsere Mitglieder sollen nach allen Richtungen hin Dedung finden.

Von besonderem Werte ist jedoch für das Pflege- und Wabepersonal unser Rechtschutz! Vielen Kollegen und Kolleginnen haben wir erfahrene Rechtsanwälte zur Seite gestellt, um sie vor Unrecht und Verluste zu schützen. Der einzelne Kollege oder die einzelne Kollegin ist in den allermeisten Fällen bei Konflikten mit ihrer Anstaltsleitung gar nicht in der Lage, ihr Recht zu verfolgen, weil jeder Rechtsweg mit Mühe, Ärger, Zeitverlust und Gelbtausgaben verbunden ist. Ferner steht unseren Mitgliedern in allen deutschen Arbeitersekretariaten der Weg zur unentgeltlichen Rechtsauskunft offen. Das alles sind Errungenschaften der Organisation. Außerdem arbeitet unser Verband unausgesetzt an der Lösung des Problems der Stellenvermittlung. Als nächstliegendes haben wir einen mit vielen Kosten verbundenen Zentralstellennachweis errichtet. Die Vermittlung ist gebührenfrei und tritt naturgemäß nur für Mitglieder ein. Bei der heutigen Sachlage und der großen Zersplitterung durch private Stellennachweisgeschäfte sind auch diese Zustände keineswegs ideal. Hier müssen allerdings Staat und Gemeinde auf alle Fälle mit eingreifen, um etwas brauchbares zu schaffen. Aber gerade für die gute Lösung dieser Frage ist eine ganz bedeutende Organisation vonnöten. Diese Lehre und Mahnung bringt uns jeder Tag von neuem.

Unser Aktionsprogramm enthält noch viele wesentliche, hier nicht angeführte Forderungen, die aber jeder Kollege und jede Kollegin sich zu eigen machen muß. Unser Verband vertitt freiheitliche Grundzüge und vertritt die Interessen der Mitglieder in jeder Beziehung. Wir nehmen keine andere Rücksichten, als die auf unsere Mitglieder. Leisetreterei, Scharwenzelei und Dudmäuferei sind einem ehrlichen und geraden Kollegen und einer ebensolchen Kollegin zuwider. Solche Abscheulichkeiten finden bei uns keine Stätte. Wir bekämpfen jede Unkollegialität und Zwiethacht. Nur Einigkeit führt uns zum Ziel. Darum fordern wir auch von allen aufrichtigen Kollegen und Kolleginnen, daß sie mit uns gemeinsam vorzugehen. Vermeidet alle Organisationszersplitterung. Da kommen manche Leute zu Euch und sagen, tretet ein in unseren Verband oder Verein. Die einen nennen sich christlich-national, andere bekennen gar keine Farbe, und schließlich meißt man die Mäße. Man will die Kollegen und Kolleginnen unter sich uneinig machen. Wenn Euch gar Vorgesetzte auffordern, einem bestimmten Verein beizutreten, so seid doppelt vorsichtig. Auf gewerkschaftlichem Gebiete sollte es überhaupt keine Zersplitterung nach Parteien und Konfessionen geben, und wo diese doch betrieben sind, will man die Kollegenschaft vom Wege zur Macht und zum Einfluß abbringen. Auf der anderen Seite spielen auch Dünkel und Eitelkeit ihre verberbliche Rolle und verhindern eine tatkräftige Förderung der gemeinsamen Berufsinteressen. Die Organisationsarbeit in den deutschen Anstalten ist außerordentlich schwer, sie muß aber geliebt werden. Ueberall in Stadt und Land, wo hinter hohen Anstaltswauern und Gittern unsere Kollegen und Kolleginnen teilnahmslos dahinstumpfen, muß ein neuer Geist einziehen. Im Zeitalter der Arbeiterorganisationen muß das Pflegepersonal sich ebenfalls aufraffen, wenn es sich nicht sagen lassen will: Ihr habt es nicht besser verdient. Kollegen und Kolleginnen, und vor allen Dingen diejenigen von Euch, die Ihr Euch bisher beharrlich geweigert habt, unserem Verbands beizutreten, ihn vielleicht sogar durch Denunziationen oder sonstwie belästigt, bekennt, welch ungeheure Mühe und Opfer der Bewegung schon von vorwärtsstrebenden Berufsgenossen gebracht wurden. Wer zählt die vielen Abend- und Nachtstunden alle, die im Interesse der Organisation seit Jahren geopfert wurden? Wer zählt die vielen Waghelungen, die offenen und verkappten, die um der Bewegung willen erduldet wurden? Sollen all diese gewaltigen persönlichen Opfer, all die Mühen und Arbeiten vergeblich gewesen sein? Das wird keiner von Euch wollen. Darum streift diese grenzenlose Indolenz endlich von Euch ab.

Es wird nun endlich allerhöchste Zeit, daß wir nicht mehr tatenlos bei Seite stehen. Sollen wir ruhig zusehen, wie Gesetze und Verordnungen herausgegeben werden, ohne daß wir als Organisation im Interesse aller mitwirken können? Sollen wir schweigen, wenn unsere Vertrauensleute gemäßigert werden? Wollen wir noch feiner dumpf dahin brüten, wenn die großen Fragen der Zeit an uns herantreten? Nein und abermals nein! Darum fordern wir Euch auf, nicht nur allein unserem Verbands beizutreten, sondern ihm auch ein treues Mitglied zu bleiben. Darum auf zu neuer Weibarbeit, die wiederum neue Kraft und größere Macht erzeugt.

Inhalt:

Ueber die Irrenpflege früherer Zeit. — Traurige Verhältnisse.
— Aus untrerer Verwendung. — Verschiedenes. — Anzeigen.

Ueber die Irrenpflege früherer Zeit.

(Schluß.)

Von 1635 an fehlen lange Zeit Dokumente über die Entwicklung des Hospitals. Von den Jesuiten von der Piazza Colonna nach der Via Lungara jenseits des Tiber vertrieben, lebte die Institution summe-lich und vor 1870 hören wir nichts mehr von einer neuen Hausordnung. Das napoleonische Regime, das nie ein gewaltiger Sturm über Europa fuhr, das Alte und Ueberlebte wegworfend, führte in Rom zur Abschaffung der Ketten in der Irrenanstalt, aber man kehrte später zum „guten alten Brauch“ zurück. Briette de Boimont fand sie 1828 in Rom noch in Gebrauch. Das Prinzip des „no restraint“, der Behandlung ohne körperlichen Zwang, dessen Durchführer Balfava schon um 1710 in Bologna erreicht hatte, war in Rom 1890 noch nicht völlig verwirklicht. Erst 1832 wurde die Anstalt mit Bädern versehen und erst am 17. September 1850 berief Pius IX. einen Irrenarzt zur Leitung und stellte darmberige Schwestern ein.

Es ist nicht zu zweifeln, daß dieser langsame und jahrhundertelange unmerkliche Fortschritt zweifache, einander wechselseitig stützende Hindernisse zu überwinden hatte: einmal die falsche Auffassung vom Wesen der Geisteskrankung, die eine unangemessene, meist geradezu schädliche Behandlung nach sich zog, und zweitens die Unzulänglichkeit der materiellen Mittel.

Anfangs schickte man die gutartigen Irren in die Straßen Roms mit einer Blechpfeife am Gürtel, um in Begleitung eines Wärters

Almosen für die Anstalt zu sammeln. Es mag unwürdig erscheinen, die Geistesunmachtung eines Menschen zu benutzen, um ihn um Betteln anzuhalten; aber man muß bedenken, daß erst der moderne Polizeistaat die Auffassung gezeitigt hat, nach der es auch für einen notorisch Arbeitsunfähigen schimpflich ist, um Almosen zu bitten. Viel abstoßender war das Mittel, das zum Beispiel in dem großen Bethlam-Kloster in London angewendet wurde, um die Einnahmen zu erhöhen. Dort ließ man die Irren gegen Bezahlung von den Neugierigen begaffen. Nach Keil geschah dies auch in Deutschland im Anfang des 19. Jahrhunderts, anscheinend aber nicht als reaktive Einnahmequelle, sondern als Mittel der Wärters, sich einen Nebenverdienst zu schaffen.

In der Folge wurden dem Hospital Santa Maria della Pietà vielfach testamentarische Zuwendungen gemacht, so hinterließ der Kardinal Keil ihm sein ganzes Vermögen, indem er schrieb, es denen zu hinterlassen, die ihm nicht danken können. Die Verdrängung durch die Jesuiten brachte der Anstalt einen Schaden, der auf 12864 Scudi geschätzt wird. Später schädigte sie die Verhaftung der Ordensmitglieder in der Zeit der französischen Okkupation, da das Hospital seine Gelder bei dem Orden anlegte. Schließlich kam die neueste Zeit mit ihren Diebstählen und Unterschleifen in großem Maßstabe; 1890 unterschlug ein Beamter 350 000 Lire, 1894 ein anderer 60 000 Lire.

Wie es nach den Regale Barberiniane um die von den Kranken erhobenen Tagegelber stand, wissen wir. Als später die Negierung aning, die mittellosen Irren aus den Gefängnissen der Anstalt zu überweisen, bezahlte sie 2 Scudi monatlich. Im Jahre 1818 erhob Pius VII. dieses Verpflegungsgeld auf 3 und 1820 auf 4,20 Scudi; nach dem 1847 die Fürsorge für die mittellosen Irren auf die Provinz übertragen war, stieg das Monatsgeld auf 6, 1862 auf 7 Scudi; 1872, unter dem Königreich, betrug es 48 Lire.

Heute werden die von der Provinz Rom versorgten Irren auch im Königreich Italien ist die Fürsorge für mittellose Irre Sache der Provinz für 45 Lire im Monat im römischen Irrenhaus verpflegt, die anderer Provinzen für 60 Lire; außerdem gibt es vier Klassen für Patienten, die aus privaten Mitteln verpflegt werden: die erste Klasse bezahlt 261 Lire, die zweite 189 Lire, die dritte 136,50 Lire mit eigenem und 115,50 Lire mit gemeinsamen Schlafraum, die vierte Klasse 75,50 Lire. Es gibt auch eine Extraklasse, für die 500 Lire im Monat zu zahlen sind.

Von dem Personal im 16. Jahrhundert haben wir berichtet; damals schritt die Zahl der Kranken zwischen 80 und 100 gewesen zu sein. Im Jahre 1750, bei einem Krankenbestand von 158, finden wir folgendes Personal: drei Kapläne, einen Prior, einen Arzt, einen Hausmeister, einen Unterhausmeister, einen Buchhalter, einen Beichtvater, einen Zählmeister, einen Wundarzt, einen Barbier, eine Prioren, eine Unterprioren, zwei Köche, einen Küchenmeister, drei Wärter.

Heute, wo die Anstalt sich von Lungara nach den Giannicolo ausdehnt und dort herrlich gelegene Villen und in Cecano eine Filiale besitzt, verfügt sie bei einem Krankenbestand von 1634 über 16 Ärzte, zwei Apotheker, ein Verwaltungspersonal von 19 und ein Pflege- und Hauspersonal von 27 Personen. Die Ketten und Wärtermittel sind verschwunden, der Arzt ist an Stelle des Kaplans getreten, und obwohl Klassenzellehaftigkeit mit ihrer Ungerechtfertigkeit auch in dieses Haus des Leidens hineinragt, ist es doch endlich lichter geworden um jene Ausmaßswerten, die die Krankheit in dem Straf, was ihre Menschheit anemacht, ihnen so das traumatische Menschenlos bereitet.

Traurige Verhältnisse.

Von der Teuerungszulage sind die verheirateten Pfleger in den Irren- und Krankenhäusern zu Berlin ausgeschlossen worden, gerade die, die sie am notwendigsten gebrauchen könnten. Das Arament, welches zu diesem Beschluß in der Stadtverordneten-Sitzung führte, ist ohne Zweifel das: „Das Personal der Anstalten wird von der Stadt verpflegt und wird deshalb von einer allgemeinen Teuerung nicht berührt.“ Das ist natürlich ein arger Trugschluß, wie wir gleich nachweisen wollen. Die Familie des Pflegers muß zu Hause auch nicht verhungern; die Entlohnung ist aber die denkbar schlechteste; zu bewundern ist es, wie es möglich ist, mit diesen paar Pfennigen auszukommen. Sehen wir uns die Entlohnung etwas näher an. Es erhält ein Pfleger bei dreimonatlicher Dienstzeit 361 Mark bar; macht pro Tag bei vierzehnstündiger Dienstzeit 1 Mark 20 Pfennige oder pro Stunde 81 Pfennige. Die Restlohnung wird pro Tag mit 88 2/3 Pfennigen berechnet, die Verpflegung, einschließlich Wohnung in der Anstalt und Bekleidung mit 1 Mark und 16 2/3 Pfennigen. Also,barer Lohn und Verpflegung zusammen beträgt pro Tag 2 Mark 36 2/3 Pfennige. Nun hat aber der Betreffende noch die Wohnung der Familie zu bezahlen, welche unter 25 Mark monatlich nicht zu haben ist. Bei der Lohnabnahme wird außerdem das Versicherungsgebühren und die Steuern vor der Hand abgezogen. Es bleibt dem Pfleger also vom Lebensunterhalt für seine Familie die horrenden Summe von 8 Mark monatlich.

Bei 2 1/2 jähriger Dienstzeit beträgt der Lohn pro Monat 49 Mk. 50 Pf., tägliche Dienstzeit 11 Stunden; macht pro Tag 1 Mk. 65 Pf. und pro Stunde 11 2/3 Pf. Verpflegung 88 2/3 Pf. pro Tag; Verpflegung, Kleidung und Wohnung beträgt pro Tag 1 Mk. 16 2/3 Pf. Also hier beträgt der Lohn mit Einrechnung der Verpflegung pro Stunde 193 2/3 Pf. Der Lohn pro Tag mit Verpflegung beträgt 2 Mk. 78 2/3 Pf. Erst nach 10jähriger Dienstzeit, wenn der Monatslohn 80 Mk. beträgt, beträgt der Tagelohn mit Verpflegung 3 Mk. 50 Pf.

Aber auch die letzten Angestellten bedürfen höheren Lohn. Gar mancher hat Verpflichtungen zu erfüllen, wie die Unterstützung einer alten Mutter, eines alten Vaters oder gar beider Eltern. Die Bescheidenheit der Kost bedingt es, daß man sich denn und wann von seinem geringen Lohn mal eine kräftige und schmackhafte Mahlzeit leistet, um nicht schon frühzeitig körperlich zu verelenden. Wiederholt ist durch Kerste festgestellt worden, daß viele Kranken durch die miserable Zubereitung der Speisen verursacht worden sind. Also wo bleibt hier der Tagelohn von 3 Mk. 50 Pf.? Ist hier nicht auch die Teuerungszulage am Plage?

Aus unserer Bewegung.

Berlin. Am Sonntag, den 7. Januar 1906, versammelten sich die Angestellten der städtischen Bade-Anstalten bei Balt, Dragonerstr. 15, um zu dem Unglücksfall in der Bärwalddstraße Stellung zu nehmen. Das Referat hatte der Kollege Paul Strunf übernommen. Er schilderte wie insolge mancherhatter Ansicht ein Badeplatz im Schwimmbassin ertrunken war. Redner führte aus, daß falls die Deputation resp. der Magistrat nicht bald auf diese Vorkommnisse tritt, solche bedauerlichen Unlücksfälle sich tagtäglich wiederholen können. Demgemäß sei der Stadt der Vorwurf nicht zu ersparen, daß sie in diesem Falle der eigentliche Schuldige sei. Infolge der Sparpolitik und Verschonung der Badewärter zu allen möglichen und unmöglichen Arbeiten würden derartige Fälle sich immer wiederholen können. Um aber den Vorwurf, der eventuell die Angestellten treffen könne, zurückzuweisen, sei es notwendig, dies zu betonen. Es müßte in der Schwimmhalle neben dem Bademeister noch eine Aufsichtsperson angestellt werden, wie es in der Charlottenburger Anstalt der Fall ist. In der Diskussion sprach sich

ein Kollege noch eingehend darüber aus, ob Herzschlag infolge des Ertrinkens oder Ertrinken infolge Herzschlages vorliegt. Er hält es für wünschenswert, wenn uns einmal ein Fachmann, also ein Arzt in einer Versammlung darüber Ausschluß gäbe. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute am 7. Januar 1906 bei Balt, Dragonerstraße 15, versammelten Angestellten der städtischen Bade-Angestellten sprechen ihr Bedauern über den Unglücksfall in der Bärwalddstraße aus. Sie erklären, daß falls nicht sofortige Änderungen im Schwimmballen-dienst eintreten, derartige Unglücksfälle, die keineswegs das Ansehen der Stadt Berlin fördern, tagtäglich eintreten können. Aus diesem Grunde fordern die Angestellten, daß neben dem Bademeister mindestens drei, statt der üblichen zwei Wärter zum Dienst in der Schwimmhalle ständig herangezogen werden müssen. Aus diesen drei Wärtern ist ein ständiger Posten an den Sprungbrettern nach Müller der Charlottenburger Bade-Anstalt einzurichten. Dieser darf unter keinen Umständen seinen Posten vor erfolgter Ablösung verlassen. Die Aufgabe dieses Aufsichtsposten soll nur einzig und allein darin bestehen, mit dem Bademeister gemeinsam den Überwachungsdiens des Schwimmbassins zu versehen. Zu anderen Arbeiten darf derselbe auf keinen Fall herangezogen werden. Des weiteren wird gefordert, daß jeder der Diensthabenden in der Schwimmhalle des Schwimmens fundig und kundig in der Rettung Ertrunkener ist.“

Ferner sprechen die Versammelten ihr Bedauern darüber aus, daß ihnen auf ihre Eingabe vom Mai 1905 bis heute noch keine Antwort zuteil wurde. Die in der Eingabe geforderte Regulierung der Lohn- und Dienstverhältnisse sind von einschneidender Bedeutung und geeignet, die Dienstfreudigkeit und das Pflichtbewußtsein in jeder Weise zu erhöhen.“

Der Vorstand wird beauftragt, diese Resolution dem Oberbürgermeister sowie den zuständigen Körperschaften zu übermitteln.

Bade-Anstalten. Am Sonntag, den 14. Januar, fand in den „Nitterfälen“, Ritterstr. 75, eine öffentliche Versammlung der Bade-Angestellten Berlins und der Umgebung statt, um zu der Frage des Arbeitsnachweises im Badegewerbe Stellung zu nehmen. Das Referat: „Die Aufgaben der Organisation bezüglich der Arbeitsvermittlung“ hatte der Verbando-Sekretär Albin Rots übernommen. Redner führte aus, daß auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens das Bestreben darauf hinausgehe, daß Gruppen sich zusammenschließen, die Hand in Hand zum Wohle der beteiligten Interessenten arbeiten. Diese Erscheinung ist auch auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes vorzufinden. Auch hier haben sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammengefunden, um auch in diesen Fragen gemeinsam eine vernünftigmäßige Regelung im Arbeitsverhältnis herbeizuführen. Die Angestellten der Bade-Anstalten haben sich schon des öfteren mit dieser Frage beschäftigt, und kann man wohl mit gutem Gewissen behaupten, daß in diesem Gewerbe ein paritätischer Arbeitsnachweis von ungeheurem Vorteil für alle dabei in Frage kommenden Interessenten sei. Aus diesem Grunde empfehle er, falls man kein besseres Mittel bei der Hand habe, die Einführung des paritätischen Arbeitsnachweises.

In der Diskussion sprachen sich die Kollegen Dettloff, Maurer, Strunf, Hirschberg, Reihner u. a. ganz entschieden für die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises aus.

Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute in „Bojats Nitterfälen“ tagende Versammlung der Angestellten der Bade-Anstalten Berlins stehen auf dem Standpunkt, daß auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes eine Herbeizug unbedingt eintreten muß. Aus diesem Grunde beauftragen die Versammelten die Arbeitnehmer in der Schlichtungskommission, mit den Arbeitgebern in Verbindung zu treten, um auch auf diesem Grunde eine bestimmte Norm zu schaffen. Die Versammelten stehen auf dem Standpunkt, daß eine paritätische Arbeitsvermittlung für die Bademeister und Bademeisterinnen, Krankenpfleger, Masseure usw. zu schaffen ist. Die Mitglieder der Schlichtungskommission werden beauftragt, die nötigen Schritte hierfür einzuleiten und einer späteren allgemeinen Versammlung Bericht zu geben.“

Charlottenburg. Die Versammlung am 16. Januar war nicht derartig besucht, wie es zu erwarten gewesen wäre. Hauptächlich waren nur die Kolleginnen und Kollegen von Edel vertreten. Kollege Sebald-München referierte über die Ausdehnung des Unterstützungsgemeins innerhalb unseres Verbandes. In der Diskussion traten alle Redner für eine Erweiterung des Unterstützungsgemeins ein, betonend, daß gerade im Falle der Arbeitslosigkeit viele die schlechtesten Stellen annehmen müßten, weil sie bei den geringen Löhnen keine Ersparnisse machen könnten, um bessere Stellen zu suchen. Dann führte ein Redner aus, das Pflegepersonal müßte sich zu einer Sonderorganisation zusammenschließen. Besonders das Ständebewußtsein müsse gepflegt werden, was er in unserem Verbande vermisse, usw. Demne zeigte den Wert der Ständevereine im Gegensatz zu den Kampfortganisationen, die vor allem für höhere Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten, daß nicht der Arbeiter, sondern die Anstaltsbesitzer ein Interesse an Ständevereinen haben, die dem Personal gar nichts nützen.

Am 19. Januar tagten die Kollegen und Kolleginnen vom Urban in „Nades Festfälen“. Besonders muß der zahlreiche Besuch der Kolleginnen anerkannt werden. Demne sprach über die Ausdehnung des Unterstützungsgemeins innerhalb unseres Verbandes. Die Diskussion ergab, daß man vor allem eine Unterstützung wünsche, die im Falle

der Arbeitslosigkeit und bei Krankheit vor Not schütze. Es wurde angeführt, daß in Krankheitsfällen Entlassungen verfügt wurden. Ja, ein Redner fragte an, ob es wirklich wahr sei, daß bei Krankheit der Lohn für 4 bzw. 6 Wochen weitergezahlt werden müsse. Sodann klagte man über Butter, Kurst usw., daß diese Nahrungsmittel nicht das vorgeschriebene Gewicht hätten. Diverse Nachprüfungen haben ganz erhebliche Mängel ergeben. Die Direktion sei zwar hieran unschuldig, sie möge aber den unteren Organen mehr auf die Finger sehen. Öffentlich haben diese Zeiten den gewünschten Erfolg. Ferner wurde darauf aufmerksam gemacht, daß der Urban noch keine Wanderversammlung gehabt habe und daß die Sektionsleitung dem Wunsche der Urbaner Kollegenschaft Rechnung tragen möge.

Talldorf. Am 13. Januar kamen die Kolleginnen und Kollegen bei Murer zusammen, um sich über die Margarinefrage zu unterhalten und die übrige Zeit dem Vergnügen zu widmen. Kollege Erbold München wies in einer Ansprache auf die Bedeutung unserer Bewegung hin und ermahnte die Anwesenden, sich doch gleich den Angehörigen aller anderen Berufsstände zur Erzielung besserer Existenzverhältnisse fest zusammenzuschließen. Bezüglich der Margarine gab Prinz folgende Zahlen zum Besten: 98 Fragebogen sind eingegangen, 35 von Kolleginnen und 63 von Kollegen. Es verzichten auf die Margarine ganz 41 Personen (22 Pflegerinnen und 19 Pfleger). Teilweise essen sie 42 Personen (14 Pflegerinnen und 28 Pfleger). Ganz aber mit Widerwillen wird sie von 12 Pflegern gegessen und nur 2 Pfleger essen sie ohne weitere Umstände. 57 Personen leisten sich Ertrag auf eigene Kosten und zwar: 29 Pflegerinnen und 28 Pfleger. 27 Personen (13 Pflegerinnen und 14 Pfleger) unterschlagen die Schweinefleisch, indem sie die Margarine in den Abfallimer werfen. 52 Personen (23 Pflegerinnen und 29 Pfleger) geben sie an die Patienten weiter. Redner wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß jetzt die Direktion den zahlenmäßigen Beweis habe, daß das Personal sich vor der Margarine elle, und sei zu hoffen, daß die Direktion sich gegen die Gewährung von Naturbutter nicht länger sträuben werde. Dann wurde noch von verschiedenen Seiten Klage geführt, daß Oberpflegerinnen nur Urlaub geben wollten, wenn die darum Nachsuchenden den Beweis erbrachten, daß sie zu dem von Anstaltsärzten veranfaßten Maskenball gehen wollten. Wie sehr die betreffenden Damen dadurch ihrem Renommee geschadet haben, können sie daraus erleben, daß das Personal sie jetzt im Verdacht hat, sie partizipieren mit an dem Gewinn jenes Fettes. Der Meist des Abends bzw. der Nacht verlief in heiterster Stimmung. Tanz wechselte mit komischen Vorträgen und anderem mehr.

Im Krankenhaus Moabit wollen die Beschwerden des Personals noch immer nicht verklingen. In der Versammlung vom 13. Januar wurde über Bevorzugungen und ungerechte Zurücksetzungen geklagt. Der sich die Günst der Vorgesetzten erlangen hat, wird mit Nachtwachen und anderen weniger angenehmen Arbeiten verschont. Besonders auf Station 29 kamen derartige Angehörigkeiten öfter vor. Auch das Schwesterregiment gab Veranlassung zu mancherlei Bemerkungen.

Vor allen Dingen wurde hervorgehoben, daß zu den Nachtwachen, die früher nur von Wärtern ausgeübt wurden, jetzt immer mehr Schwestern herangezogen werden. Dann stehen die Schwestern zu unangenehmeren Arbeiten meistens die Patienten heran. Stirbt ein Patient, so müssen andere Patienten die Leiche in das Leichentuch einhüllen. Das hätte einmal bei der Wärterpflege passieren sollen! Wie schnell wäre der Wärter aber gestorben!

Ebenso ist auch in anderen Dingen das Messen mit zweierlei Maß wahrnehmbar. Bildet sich bei einem Patienten nach einer Injektion, die ein Wärter vorgenommen, ein Abszess, so gibt es gleich ein Verhör, Strafandrohung und eventuell auch Entlassung. Wenn dagegen aber eine von einer Schwester vorgenommene Injektion dergleichen Folgen nach sich zieht, dann wird gar nicht darüber gesprochen.

Ferner scheint für manche Leichendiener keinerlei Dienst Anweisung zu bestehen; wenigstens ist das mitunter an allerlei unerquicklichen Umständen zu beobachten.

Zum Schluß traten noch mehrere Redner für eine energische Propaganda ein. Die kolossale Gleichgültigkeit des Pflegepersonals müsse mit aller Entschiedenheit bekämpft werden.

Verschiedenes.

Wasser als Schmerzbetäubungsmittel. Während vor einiger Zeit die Entdeckung angekündigt wurde, daß destilliertes Wasser, wenn es nach der Art von Kofan- und anderen Lösungen eingeführt wird, zur örtlichen Betäubung dienen kann, sind jetzt die ersten Erfahrungen mit der Anwendung dieses Vorschlags im Bulletin für allgemeine Therapie veröffentlicht worden. Dem Verfahren wird zunächst nachgerühmt, daß es einfach ist, keine Vergiftung erzeugt, demzufolge auch nicht zu Unruhe und Erbrechen führt und außerdem weder für das Herz noch für die Lunge noch für die Nieren irgendwie schädlich ist. Angeblich tritt auch nach Vollendung der Operation kein Schmerz ein. Bisher sind die Wassereinspritzungen 51 mal gebraucht worden und zwar einmal beim Bauchschnitt, 39 mal bei Operationen an Hämorrhoiden, 3 mal bei Fisten des Mastdarms, 3 mal bei Aber-

geschwülsten usw. Dr. Stevens, der Urheber der neuen Methode, hat sich nur einmal in jenen 51 Fällen genötigt gesehen, nach der Wassereinspritzung noch eine Betäubung mit Äther vorzunehmen. Die eigentümliche Wirkung des Wassers wird einfach dadurch erklärt, daß es die Nervenenden ausdehnt und dadurch unempfindlich macht.

Anzeigen.

Wir brauchen zum Einbinden

noch mehrere Exemplare von Nr. 15 1905 der „Gewerkschaft“ und Nr. 5 1905 der „Sanitätswarte“. Wo sind diese Nummern noch? Wir bitten um sofortige Einbindung.

Der Verbandsvorstand.

Sektion XIII. Bade-Anstalten.

Sonntag, den 4. Februar 1906, pünktlich abends 6 Uhr

Vertrauensmänner-Sitzung

in Voigts Nitterfälen, Nitterstraße Nr. 75.

Die Sektionsvorstandsmitglieder, Anstaltsvertrauensleute und Beitragsammler sind verpflichtet, zu erscheinen. Willkommen sind auch sonstige Mitglieder, die ein lebhaftes Interesse an unserer Bewegung haben. Tagesordnung wird in der Sitzung bekannt gegeben.

Für die Sektionsleitung
Paul Strunt.

Achtung!

Sonnabend, den 17. Februar 1906

Achtung!

Erster großer Wiener Masken-Ball

in

Reithes Festsaal, Invalidenstr. 84.

Die 4 originellsten Masken werden prämiert. Außerdem Balletaufführungen, Marktübun, Standesamt und sonstige Ueberraschungen.

Anfang 8 Uhr.

Ende???

Zahlreiches Erscheinen wünscht

Das Vergnügungskomitee.



Zweiter großer Wiener Masken-Ball

am Sonnabend, den 3. März 1906, bei Gebr. Arnold,

Friedrichsberg, Frankfurter Chaussee 5 (nahe am Stadtbahnhof)

Viele Ueberraschungen sind vorgesehen. — Wer sich großartig amüsieren will, komme! — Jede Dame erhält ein Geschenk.

Anfang 9 Uhr.

Ende???

Das vergnügte Komitee der Sektion.

Rob. Bunzel

Frl. Anna Weyda, Krankenschwester

Verlobte.

Berlin.

Hamburg.

Mitglieder Dresdens!

Donnerstag, den 8. Februar 1906, abends 9 Uhr

Vortrag des Herrn Dr. med. Hähnel über „Quecksilberkuren“

wozu zu zahlreicher Beteiligung einladet

Robert Ihle.